

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI 04/2013

«1:12» ist unrealistisch

Die 1:12-Initiative will die Lohnschere in den Unternehmen begrenzen. Doch sie birgt erhebliche Risiken für Wirtschaft und Sozialstaat. Die EVP lehnt sie deshalb ab.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

In der Ausgangslage sind wir uns alle einig: Die Vergütungsexzesse in den Chefetagen sind unschweizerisch, tangieren unser Gerechtigkeitsempfinden und sind Gift für den sozialen Frieden. Doch führt die 1:12-Initiative der Juso zu mehr Gerechtigkeit, Arbeit für alle und einem besseren sozialen Ausgleich mit ihrer Forderung, dass der höchste Lohn in einer Firma maximal 12-mal so gross sein darf wie der niedrigste? Aus meiner Sicht birgt die Initiative verschiedene, ernsthafte Risiken:

■ **Lohndiktat vom Staat:** Künftig soll der Staat die Löhne in den Unternehmen überwachen. Das halte ich für einen unklugen Systemwechsel. Immerhin hat die Schweiz mit einer liberalen Wirtschaftsordnung viel erreicht: tiefe Arbeitslosigkeit, auch der Jugend, höchste Tieflohne, vergleichsweise geringe Staatsverschuldung. Ich bin nicht bereit, diese Errungenschaften einer sozialistischen Ideologie zu opfern.

■ **Am Ziel vorbei:** Genügsamkeit und Bescheidenheit lassen sich nicht verordnen. Die Initiative wird die Vergütungsexzesse nicht



Maja Ingold vor den EVP-Delegierten in Frutigen.

stoppen können. Es gibt zu viele Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten: Beraterverträge, Managementgesellschaften, Anstellungen im Ausland, etc.

■ **Gefährdung von Arbeitsplätzen:** Die Initiative erhöht den Druck für Auslagerungen, um das starre staatliche Lohndiktat zu erfüllen. Die Erfahrung zeigt, dass sich dabei die Arbeitsbedingungen bei den Tieflohnstellen in den allermeisten Fällen verschlechtern.

■ **Teurer Verwaltungsapparat:** Der Staat müsste den Lohndeckel kontrollieren. Die entsprechende Administration wäre aufzubauen

und gemessen am Resultat viel zu kostenintensiv. Eine Lohnpolizei schafft keine Gerechtigkeit und ist nicht die Lösung.

■ **Fehlende AHV-Beiträge:** Werden die hohen Löhne gedeckelt, führt dies automatisch zu Ausfällen bei den Sozialversicherungen und Steuern. Die entstehenden Lücken müssten wir alle mit höheren Steuern und Abgaben füllen.

In meiner Zeit als Sozialvorsteherin von Winterthur habe ich gelernt: Nur wenn die Unternehmen erfolgreich sind und investieren können, schaffen sie Arbeitsplätze und bezahlen Steuern und Abgaben, mit denen wir unsere Sozialwerke finanzieren.

NEIN ZU 1:12

Fazit: Die Initiative stoppt die Lohnexzesse nicht, noch werden die tiefen Einkommen profitieren. Warten wir erst die Auswirkungen der Abzockerinitiative ab, bevor wir einer Initiative zustimmen, die erhebliche Risiken für Wirtschaft und Sozialstaat birgt. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 24. August in Frutigen mit 43 zu 34 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.

KOMMENTAR



4 Alkoholtote pro Tag

Tag für Tag sterben in der Schweiz vier Menschen an den Folgen des Alkoholmissbrauchs – 1600 Menschen pro Jahr. Dies sind die offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit. Alkohol fordert vielmehr Opfer als der Strassenverkehr. Der Missbrauch der Volksdroge Alkohol bleibt brandaktuell.

Einer Mehrheit des Nationalrates ist das piepegal. Ihre Entscheide für ein regelrechtes Alkoholfördergesetz zeugen von erschreckender Faktenresistenz und unerträglicher Ignoranz. Nicht nur hat sie die Vorschläge des Ständerates für Mindestpreise und Verkaufseinschränkungen verworfen, sondern gleich auch noch das geltende Verbot für Vergünstigungen von Spirituosen gestrichen. Ein «Aufruf zum Flatrate-Saufen», wie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf richtig bemerkt hat.

Studien zeigen: Mindestpreise sind wirksam. Genf macht gute Erfahrungen mit dem nächtlichen Verkaufsverbot. So kann man den Alkoholmissbrauch eindämmen und die Ziele des Gesetzes erreichen. Dafür kämpft die EVP mit den Kantonen, den Städten, dem Polizeiverband und Suchtfachleuten. Hoffentlich korrigiert der Ständerat die unseligen Entscheide des Nationalrates!

Ruedi Löffel, Grossrat EVP BE

Anzeige



MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatoren Theologie heute www.bucer.ch

fachlich fundiert –
zeitlich flexibel



Theologie
mit Schwerpunkt
Seelsorge studieren

Das liebe Geld

Die Fluggesellschaft Swiss lädt die Bundesratsparteien ein, ab 2014 von ihr Geld zu erhalten. Somit kann etwa die BDP ein Gesuch stellen, nicht aber glp, Grüne oder die EVP.

Es ist eine Tatsache, dass die grossen Parteien von Unternehmen und Verbänden mitfinanziert werden. Wer einen wesentlichen Teil seiner Einnahmen auf diese Weise erhält, neigt dazu, politische Entscheidungen zu fällen, welche die Geldgebenden zumindest nicht verärgert. Das ist ein ernsthaftes staatspolitisches Problem.

Richtig wäre es, wenn die grösseren Spenden an Parteien, Kandidierende und Abstimmungskomitees offengelegt werden müssten. Dass heute beim Bund und den Kantonen Parteispenden bis zu einer bestimmten Höhe bei den Steuern in Abzug gebracht werden können, ist sehr sinnvoll.

Die Wahlgesetze sind in den Kantonen sehr unterschiedlich. So erhielten früher im Aargau die Stimmberechtigten bei Majorzwahlen jeweils nur ein Blatt mit den notwendigen leeren Linien. Dank einer von den Stimmberechtigten genehmigten Volksinitiative der EVP werden heute mit dem Wahlzettel alle Namen von Kandidierenden, welche rechtzeitig gemeldet werden, schriftlich mitgeteilt.

Die Finanzierung der EVP basiert auf den Beiträgen der Mitglieder und von Freunden, welche hinter unseren Werten stehen. Die Grosszügigkeit unserer Mitglieder ist eindrücklich. Ich danke allen, die nach Massgabe ihrer Möglichkeiten mithelfen, dass wir eine Politik, die nicht von Sonderinteressen geprägt ist, führen können, von ganzem Herzen.



Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Der Vergleich mit den Milchkühen der Nation ist nicht einmal so falsch: auch diese gehören zu den meistsubventionierten der Schweiz.»

Nationalrätin Maja Ingold zur Milchkuhinitiative der Autolobby, mit der sich diese beklagt, die Autofahrer würden gemolken. Rechnet man die externen Kosten wie Gesundheit, Lärm, Unfälle, Umweltverschmutzung etc. ein, zeigt sich jedoch: der Strassenverkehr ist alles andere als kostendeckend.

«In der ganzen Debatte wurde nie schlüssig erläutert, weshalb die Schweiz den Gripen überhaupt braucht. Wenn man 3 Milliarden bewilligen soll, muss es aber erlaubt sein, diese Frage zu stellen.»

Maja Ingold zur Debatte um neue Kampfflugzeuge im Nationalrat. Cyberangriffe, Naturkatastrophen, Pandemien oder Terrorakte dürften wahrscheinlicher sein als ein konventioneller Luftkrieg.

«So viel Schwachsinn wie im Nationalrat während 3 Stunden musste ich mir in insgesamt 12 Jahren im Berner Grossrat nicht anhören – obwohl das Niveau dort auch nicht immer über alle Zweifel erhaben ist..»

Das Unverständnis über die Entscheide einer Mehrheit des Nationalrates zum Alkoholgesetz sitzen Ruedi Löffel noch immer in den Knochen. Der Präventionsexperte hat die Debatte von der Tribüne aus verfolgt.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung am 24. August 2013 in Frutigen für die Abstimmung vom 24. November 2013:

Initiative «1:12»	NEIN
Familieninitiative	JA
Vignetten-Vorlage	JA

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2014 für «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist «akzente» im Zentralbeitrag enthalten; es steht Ihnen selbstverständlich frei, die EVP und ihre Arbeit auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen. Vielen herzlichen Dank für Ihr Engagement und Ihr Mittragen!

Ja zur Familieninitiative

Vom heutigen Fremdbetreuungsabzug bei den Steuern profitieren nur Familien, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Das ist ungerecht und muss korrigiert werden.



Kinder verdienen eine gute Betreuung...

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Die Familieninitiative der SVP will, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt

wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Heute können die tatsächlichen Kosten für die Drittbetreuung jedes Kindes bis zu einem gewissen Betrag von den Einkünften abgezogen werden. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, können diesen Abzug nicht

machen, was von breiten Kreisen als ungerecht empfunden wird.

Rein steuertechnisch macht der Fremdbetreuungsabzug zwar Sinn: Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen, haben ein höheres Einkommen und bezahlen entsprechend mehr Steuern (in einer höheren Progressionsstufe). Gleichzeitig haben sie wegen der Kinderbetreuung höhere Auslagen. Wie andere Berufskosten sollen deshalb auch die Betreuungskosten ein Stück weit abgezogen werden können.

Gleichbehandlung ist gar nicht so einfach

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass nur die heutige Lösung Eltern mit Fremd- und Eigenbetreuung steuerlich gleich behandle. Tatsache ist, dass vielen Doppelverdienern nach Abzug der Krippenkosten, höheren Steuern, Verlust der Prämienverbilligungen etc. kaum mehr auf dem Konto verbleibt, als wenn nur eine Person arbeiten würde. Das ist auch nicht fair. Die Initiative wird diese Ungerechtigkeit verschärfen.

Für die EVP steht die Wahlfreiheit im Vordergrund: Alle Eltern sollen ohne steuerliche Nachteile frei entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen lassen wollen. Der Staat soll alle Betreuungsformen gleich behandeln. Jede Familie muss die für sie optimale Lösung finden können. Die EVP hat immer betont, dass die heutige Lösung zu ungerecht ist, zumal Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, keine Krippenplätze beanspruchen und auch nicht von den entsprechenden Subventionen profitieren können. Deshalb hat die EVP bei verschiedener Gelegenheit einen Eigenbetreuungsabzug gefordert, der wenigstens halb so gross ist wie der Fremdbetreuungsabzug. Im Nationalrat habe ich versucht, einen Mittelweg zwischen den Extrempositionen von Bundesrat und Initiative zu vermitteln, bin damit aber leider nicht durchgekommen.

Heutige Lösung ist ungerecht

Heute können wir nur noch wählen zwischen der Maximalvariante der Initiative und der heutigen Lösung, die von vielen als ungerecht empfunden wird. Die Delegierten der EVP Schweiz haben sich mit 57 zu 19 Stimmen für ein Ja zur Initiative entschieden. Die EVP bringt damit zum Ausdruck, dass sie die heute bestehende, einseitige Bevorteilung durch den Fremdbetreuungsabzug korrigieren will.

Einige Begriffe

Fremdbetreuungsabzug

Heute können die tatsächlichen Kosten der Kinderbetreuung bei den Steuern in Abzug gebracht werden, maximal jedoch CHF 9200 pro Kind und Jahr (bei der direkten Bundessteuer, die Kantone können die Höhe selbst bestimmen). Voraussetzung für den Abzug ist, dass die Kosten nachgewiesen werden, das Kind im gleichen Haushalt lebt, noch nicht 14 ist und die Betreuung notwendig ist, weil die Eltern in dieser Zeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Eigenbetreuungsabzug

Ein ähnlicher, heute hypothetischer Abzug, der Eltern gewährt werden soll, welche ihre Kinder selber betreuen.

Allg. Kinderabzug

Der Kinderabzug gilt als Sozialabzug und beträgt CHF 5900 für jedes minderjährige oder in

Ausbildung stehende Kind (bei der direkten Bundessteuer). Er wird von der Initiative nicht tangiert.

Eigen- und Fremdbetreuung I

Im Steuerrecht keine sinnvollen Begriffe. Steuerlich spielt es heute keine Rolle, wer die Kinder betreut, sondern einzig, ob die Eltern für die Betreuung etwas bezahlen oder nicht.

Eigen- und Fremdbetreuung II

Für die Entwicklung des Kindes ist wohl weniger der Verwandtschaftsgrad entscheidend, sondern vielmehr das Herzblut und das Engagement möglichst konstanter Bezugspersonen.

Wahlfreiheit

Eltern sollen ohne steuerliche Überlegungen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst oder fremd betreuen lassen wollen. Jede Familie muss die für sie optimale Lösung finden können.



...EVP-Nationalrätin Marianne Streiff setzt sich dafür ein! Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben, unter guten Bedingungen aufwachsen zu können.



Mehr Gottvertrauen!

«Die Schweiz ist ein weitgehend säkularisiertes Land.» Dies eine Aussage des Religionssoziologen Olivier Favre. Viele werden ihm zustimmen. Es sei so, Kirchen hätten ausgedient. Vielleicht nicht gerade als sozial tätige Einheit, aber sonst? Viele Kirchen in der Schweiz sind auffallend verzagt. Sie bejahen Abbau, noch bevor er nötig ist und gleichzeitig ist viel Aktivismus zu beobachten. Alles ist darauf fokussiert, dass es «bergab» gehe.

Mich stört diese gestresste Haltung grundsätzlich. Was sollen Kirchen und christliche Parteien beweisen? Gäbe es da nicht noch ganz andere Sichten? Vor Jahren war ich eingeladen zur «Kircheinweihung» in einem Slum in Südamerika. Der Pfarrer hatte lange darauf hingearbeitet. Wir freuten uns alle über diesen Festtag. Als ich in den Kirchenraum trat, traute ich meinen Augen nicht. In der grossen Bretterkirche sass feierlich ein kleines Grüppchen von kaum 30 Personen. «Sind das alle, die kommen?» flüsterte ich dem Pfarrer zu. «Ja», meinte er. «Aber die Kirche ist viel zu gross! Was willst Du mit einer solchen Riesenhütte?» fragte ich betreten. Der Pfarrer grinste mich fröhlich an: «Reg dich nicht auf, Gott wird sie füllen. Wir müssen bereit sein.»

Glauben und christliche Werte sind im öffentlichen Leben dann relevant, wenn wir konkret dafür arbeiten, sie sichtbar machen und ins Gespräch bringen. Bei allen Anstrengungen, letztlich bezeichnet das berühmte Psalmwort wohl die richtige Haltung, wenn es uns ganz fröhlich zuspricht: Umsonst ist es, dass ihr früh aufsteht und spät euch niedersetzt, dass ihr Brot der Mühsal esst. Den Seinen gibt ER es im Schlaf. (Psalm 127,2)

Claudia Bandixen ist Pfarrerin und Direktorin der mission 21.

Mehr Kostenwahrheit

Die EVP unterstützt die Vignetten-Vorlage, weil mit dem Aufschlag sinnvolle Ausbauten finanziert werden und die Kostenwahrheit auf der Strasse minimal verbessert wird.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Das Nationalstrassenabgabegesetz ist die erste von mehreren verkehrspolitischen Vorlagen, die uns in naher Zukunft beschäftigen werden. Zum einen werden sowohl Strasse wie Schiene mehr Geld brauchen für den nötigen Unterhalt und Ausbau. Zwar wäre es das Beste, wenn wir uns mit unseren Mobilitätsbedürfnissen zurückhalten würden. Doch dieser Genügsamkeitsgedanke ist noch nicht wirklich angekommen. Zum andern ist der aktuelle Verteilschlüssel der Mineralölsteuern umstritten: die von der EVP unterstützte Initiative für den öffentlichen Verkehr will die Erträge hälftig aufteilen zwischen Strasse und Schiene, während die Autolobby die Steuer mit der Milchkuhinitiative

vollumfänglich dem Strassenbau zukommen lassen will, inkl. dem Anteil, der heute in die allgemeine Bundeskasse fliesst.

Bei der anstehenden Vignetten-Vorlage geht es nur um einen kleinen Teilaspekt: die Erweiterung des Nationalstrassennetzes und dessen Finanzierung. Das heutige Autobahnnetz basiert auf der Grundlage von 1960. Seither hat sich die Schweiz stark verändert. Bisher kantonal verwaltete Strassen im Umfang von 400 Kilometern sollen deshalb neu zum Autobahnnetz zählen und in die Verantwortung des Bundes übergehen. Sie sollen aufgewertet und beispielsweise vermehrt richtungsgetreut geführt werden. Das macht den Verkehr flüssiger und sicherer. Auch Umfahrungen von Dörfern sowie Engpassbeseitigungen sind im sogenannten Netzbeschluss enthalten. Weil der Bund für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt dieser Abschnitte mehr Geld benötigt, soll der Preis der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken erhöht werden. Die erwähnten Ausbauten und Aufwertungen können nur finanziert werden, wenn wir dieser Preiserhöhung zustimmen. Sie kommt jedoch erst zum Tragen, wenn die Reserven in der Strassenkasse unter 1 Milliarde fallen, was voraussichtlich 2016 der Fall sein wird. Damit wird verhin-



EVP-Nationalrätin Maja Ingold wirbt für die Vignettenvorlage.



dert, dass der Strassenfonds auf Vorrat geöffnet wird.

Wichtig ist der EVP die Verbesserung der Kostenwahrheit. Der Strassenverkehr verursacht jedes Jahr externe Kosten von gegen 10 Milliarden Franken (Gesundheits- und Gebäudeschäden, Unfälle, Umweltverschmutzung, Lärm, CO₂-Emissionen, etc.). Vor diesem Hintergrund ist die Preiserhöhung für die Vignette äusserst moderat.

Bei aller Sympathie für die grüne Maximalposition «Keine neuen Strassen»: Bei der vertieften Prüfung der Engpässe und der Nöte der Orte, die davon betroffen sind, kann man kaum alles generell ablehnen. Die EVP-Delegierten haben deshalb am 24. August in Frutigen mit 65 zu 5 Stimmen die Ja-Parole beschlossen.

Lehrplan 21: Christliche Bezüge ergänzen

Derzeit läuft die Vernehmlassung zum Lehrplan 21. In einer Musterstellungnahme zuhanden der Kantonalparteien verlangt die EVP eine Reduktion auf einen schlanken Rahmenlehrplan mit einigen wenigen Kernkompetenzen. Der aktuelle Vorschlag der EDK ist vom Umfang her kaum umsetzbar. Noch schwerer wiegt das Fehlen sämtlicher christlicher Bezüge. Die EVP fordert in Anlehnung an das Zürcher Fach «Religion und Kultur» einen Schwerpunkt auf den «Überlieferungen des Christentums als der die Schweiz und ihre Wertvorstellungen prägenden Religion».

Kritisch beurteilt die EVP auch das geplante Vorgehen bei der Einführung des Lehrplan 21. Aus Sicht der EVP müssen die Volksvertreterinnen und -vertreter zwingend Stellung nehmen können. Sie will in verschiedenen Kantonsparlamenten entsprechende Vorstösse einreichen.

Erbschaftssteuer: Bundesrat irrt

Wenig überraschend lehnt der Bundesrat die Erbschaftssteuerreform (EVP-Initiative) mit Verweis auf die kantonale Steuerautonomie ab. Doch das ist zu kurz gedacht, wie EVP-Präsident Heiner Studer ausführt: «Die Initiative wäre nicht notwendig gewesen, wenn in den letzten Jahren nicht ein Kanton nach dem anderen seine Erbschaftssteuern abgeschafft hätte.»

Ein Alkoholfördergesetz

Auch nach der Herbstsession bleibt unklar, wozu die Schweiz den Gripen braucht. Eine Katastrophe ist das regelrechte Alkoholfördergesetz, welches der Nationalrat wider jegliche Vernunft beschlossen hat.

(mi/ms/nh). Der Nationalrat stellt die **Teenie-Prostitution** unter Strafe und entspricht damit einem alten EVP-Anliegen. Freier minderjähriger Prostituerter können mit drei Jahren Haft bestraft werden. Damit kann der Bundesrat die Lanzarote-Konvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umsetzen.

EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) will die **Alkoholgesetzgebung** an den Bundesrat zurückweisen, weil sie dem Zweckartikel in keiner Weise entspricht und sämtlicher Präventionsanstrengungen spottet. Doch der Nationalrat beschliesst ein regelrechtes Alkoholfördergesetz. Für die EVP sind Mindestpreise und ein Nachtverkaufsverbot zwingend. Beides sind leicht umsetzbare und hochwirksame Massnahmen. Sie hofft nun auf den Ständerat.

Die EVP kommt während der Beratungen zum **Gripen** zum Schluss, dass die Beschaffung nicht drängt. «In der ganzen Debatte wurde nie schlüssig erläutert, weshalb die Schweiz den Gripen überhaupt braucht. Wenn man 3 Milliarden bewilligen soll, muss es aber erlaubt sein, diese Frage zu stellen», meint Maja Ingold. Der Luftpolizeidienst könne von den 33 F/A-18 wahrgenommen werden, wie es auch im Armebericht 2010 des Bundesrates festgehalten sei.



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.

Erst stimmt der Nationalrat mit den Stimmen der EVP einem **nationalen Waffenregister** (mit einer Stimme Unterschied) hauchdünn zu. Bei einem Rückkommensantrag sind dann mehr Bürgerliche im Saal und das vom Bund bereits in Angriff genommene Register muss in der Wintersession nochmals beurteilt werden. Ärgerlich!

Söldnerfirmen werden verboten, Sicherheitsfirmen strengen Regeln unterworfen. Der Nationalrat wollte das Gesetz erst aufweichen, fügte

sich dann aber der Version des Ständerates, nachdem dieser – zur Erleichterung der EVP – hart geblieben war.

Damit **Agrotreibstoffe** von Steuererleichterungen profitieren, dürfen sie künftig die Lebensmittelproduktion nicht verdrängen und müssen nach nachhaltigen Prinzipien angebaut werden. Für die EVP das Mindeste.

Der Gegenvorschlag zur **Hausarztinitiative** steht. Er soll den Initianten den Rückzug der Initiative ermöglichen. Die EVP ist mit der schlanken Version des Ständerates zufrieden.

Die EVP unterstützt das Ziel der Initiative **«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»**. Leider versenkt der Nationalrat einen guten Gegenvorschlag des Ständerates, der das Anliegen der Initiative erfüllt hätte, gleichzeitig aber auch den wichtigen Grundsatz beachtet hätte, dass Einschränkungen der Grundrechte verhältnismässig sein müssen.

Rezepte der EVP sind mehrheitsfähig

Der Nationalrat hat in der Herbstsession drei Vorstösse der beiden EVP-Nationalrätinnen angenommen. Marianne Streiff will, dass Eltern von Kindern mit einer Behinderung bei Bedarf rasch und unkompliziert Hilfe wie Spitex, Entlastungsdienste oder telefonische Beratung in Anspruch nehmen können. Maja Ingold hat mit einer Motion erreicht, dass der Bundesrat einen Aktionsplan zur Suizidprävention vorlegen und dabei insbesondere bei den beiden Hauptrisiken Depression und Vereinsamung ansetzen wird. Ein zweiter Vorstoss von Maja Ingold wird zu einem Bericht über das aufkommende Hirndoping führen: Wo ist die Grenze zu ziehen zwischen blosser Leistungssteigerung und der Therapie von Krankheiten?

Anzeige



Vorstösse in der Herbstsession

Arbeitsplätze für IV-Rentner/-innen: Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) will in der Fragestunde wissen, was der Bund unternimmt, wenn die Wirtschaft nicht endlich mehr IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine Chance und einen Arbeitsplatz gibt. Sie hakt mit einer Interpellation nach: Wie will der Bundesrat die mit der IV-Revision 6a angepeilte Wiedereingliederung schaffen? Heute erweist sich die IV-Rente zu oft als unüberwindbares Stigma.

Faire Steuerregeln für den Süden: In den letzten 30 Jahren sollen unbesteuerter Gelder im Umfang von 1,2 Billionen Dollar aus Afrika abgeflossen sein. Maja Ingold will den Bundesrat per Postulat darauf verpflichten, etwas gegen diese schwindelerregenden Abflüsse zu unternehmen.

PERSONEN



Gemeindepräsident

Martin Steiner ist neuer Präsident von Grosshöchstetten. Als bisheriger Vizegemeindepräsident und Werkvorstand bringt der 47-jährige Kaufmann und zweifache Familienvater beste Voraussetzungen für das Amt mit.

Neu in der Legislative

Münchenbuchsee: Christine Eckstein folgt auf Ulrich Zinder.

Frauenfeld: Michael Hodel, Theologe und Sozialmanager, rückt für Roland Wyss nach.

Zürich: Werner Wehrli ersetzt die aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Michèle Halser.

Neu im Präsidium

EVP Belp: Der 26-jährige Kaufmann und angehende Jurist Benjamin Gfeller folgt nach 13 Jahren auf Beat Spirgi.

EVP Zollikon: Nach vielen Jahren ist Sylke Trost von Dr. Niklaus Schmid abgelöst worden.

Abschied

Die frühere Basler Grossratspräsidentin Annemarie von Bidder ist im Alter von 68 Jahren einem kurzen und schweren Krebsleiden erlegen. Sie war 14 Jahre im Grossrat und 5 Jahre im Bürgergemeinderat. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen.

GEMEINDEWAHLEN

EVP leicht im Aufwind

Im Aargau kann die EVP alle Sitze in den Einwohnerräten halten. Spannend wird es in Wettingen und Köllikon: für die EVP kämpfen Helen Suter bzw. Walter Maurer mit intakten Chancen um den Einzug in die Exekutive.

(nh). Bei den Exekutivwahlen im Kanton Aargau zeigt sich ein erfreuliches Bild: In **Buchs AG** ist die EVP neu mit Walter Wyler im Gemeinderat vertreten. In **Rothrist** konnte Philipp Steffen den Sitz von Bernhard Wernli verteidigen und in **Lenzburg** wurde Heidi Berner wieder in den Stadtrat gewählt. Spannend wird es in **Köllikon** und **Wettingen**: sowohl Walter Maurer (neu) wie Helen Studer (für Heiner Studer) müssen sich einem 2. Wahlgang stellen, ihre Chancen sind intakt. In **Möriken-Wildegg** und **Dürrenäsch** konnten leider keine EVP-Kandidierenden für die Nachfolge von Esther Gebhard bzw. Ruedi Mösch gefunden werden.

In den Einwohnerräten konnte die EVP alle ihre Sitze halten. In **Obersiggenthal** wurden Daniela Graubner und Brigitte Schmid-Studer wiedergewählt (beide bisher), in **Wettingen** verteidigte das Frauen-Trio Marie-Louise Reinert, Helen Suter und Hanna Läng (alle bisher) die drei Sitze und in **Zofingen** verbleiben Miriam Ruf-Eppler, Barbara Bättig-Kipfer und Urs Plüss-Bernhard im Einwohnerrat. Ausserdem kann die EVP wieder etliche Mitglieder in Kommissionen und Schulpflegen stellen, unter anderem Generalsekretär Joel Blunier als Schulrat der Kreisschule Buchs-Rohr.

Im Kanton Bern haben in ersten Gemeinden Wahlen stattgefunden, weitere folgen im Lauf des Herbstes. In **Lyss** gewinnt die EVP einen Sitz trotz verkleinertem Parlament: Neu gewählt wurde Sara Schnegg. Die Bisherigen Philippe Schenkel, Markus Minder, Hansueli Bourquin, Morena Beyeler und Jürgen Gerber wurden alle wiedergewählt.

In **Oberdiessbach** und **Thun-stetten** werden Hanspeter Schmutz bzw. Christine Grogg als Mitglied der jeweiligen Exekutive bestätigt.

In **Nidau** werden die beiden bisherigen Philippe Messerli und Peter Lehmann wieder in den Stadtrat (Legislative) gewählt.



Wurde im 2. Wahlgang in den Gemeinderat von Weisslingen (ZH) gewählt: Hansjörg Forster, Leiter von FamilyLife.

SEKRETARIATE



EVP mit neuen Kräften

Nach den Kündigungen von Esther Manitta und Damaris Bär ist das Sekretariatsteam der **EVP Kanton Aargau** wieder komplett: Andrea Widmer (auf dem Bild links) übernimmt die administrativen, Janine Wyss die politischen Aufgaben.

Auch bei der **EVP Baselland** kommt es zu einem Wechsel: Auf Erika Gröflin, welche das Sekretariat 8 Jahre lang geführt hat, folgt Priska Jaberg. Sie ist Personalfachfrau im Bereich Arbeitsintegration.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
20. Jahrgang, Nummer 4, Oktober 2013

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:

EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Claudia Bandixen, Joel Blunier, Maja Ingold, Ruedi Löffel, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:

Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:

Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

SONNTAG 10. und 17. November 2013 DER VERFOLGTEN KIRCHE

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Machen Sie mit!



www.verfolgung.ch

Schweizerische
Evangelische
Allianz

Réseau
évangélique
suisse

SEA, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, Tel. 043 344 72 00, svk@each.ch



SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE



Aktion Weihnachtspäckli

Die Aktion Weihnachtspäckli setzt ein starkes Zeichen der Verbundenheit mit notleidenden Menschen. Mit einem Paket bringen Sie Freude und Hoffnung in den grauen Alltag vieler Kinder und Hilfsbedürftiger in Osteuropa und lassen sie Gottes Liebe erleben.

Päckli-Inhalt für Erwachsene

1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker, 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits, Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), Schreibpapier, Kugelschreiber, evtl. Ansichtskarten, Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken, Mütze, Handschuhe, Schal etc.

Päckli-Inhalt für Kinder

Schokolade, Biskuits, Süßigkeiten (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), 2 Notizhefte oder -blöcke, Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder Filzstifte, 1-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball, Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc., evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal etc.

Bitte packen Sie alle aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

Machen Sie mit!

Auf www.weihnachtspäckli.ch finden Sie rund 450 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, wo Sie Ihre Weihnachtspäckli abgeben können.

Sammelschluss ist Samstag, der 23. November 2013



Christliche Ostmission



HMK
Hilfe für Mensch und Kirche



licht im Osten
schweizerisches missions- und hilfswerk



Für Gott ist nichts unmöglich.

Die Bibel: Lukas 1,37

Agentur C®

TERMINE	
1./2. November 13	Gründerworkshop in Filzbach: abgesagt. Interessierte erhalten Unterlagen bei Generalsekretär Joel Blunier (joel.blunier@evppev.ch).
24. November 2013	Eidgenössische Volksabstimmung
29. November 2013	EVP Schweiz, Winterthur: Kantonalparteienkonferenz
29. November 2013	EVP Schweiz, Winterthur: Club1000-Event
30. November 2013	EVP Schweiz, Winterthur: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
25. Januar 2013	EVP Schweiz, Ort offen: Fokustag «Sicherheit» (inkl. Parole zum G ripen)
9. Februar 2013	Eidgenössische Volksabstimmung

Besondere Geschenke können Not wenden. Schenken Sie mit:



Liebe Annina

Mein besonderes Geschenk kann Not wenden: In deinem Namen erhält eine Mutter in Sambia einen Mikrokredit und wird so zur selbstversorgerin.

Jetzt erlebt die ganze Familie frohe Weihnachten.

dein STEFAN

Besondere Geschenke jetzt bestellen:
 Tel. 044 447 44 00
info@tearfund.ch
www.tearfund.ch/geschenke

tearfund.ch

Hinsehen. Handeln.




A.Z.B.
3000 Bern 7



Stopp Menschenhandel!

(nh). Die EVP hat sich den Kampf gegen den Menschenhandel auf die Fahne geschrieben. Im Frühling hat sie Interessierte aus den verschiedensten Bereichen zu einer Arbeitsgruppe eingeladen und miteinander vernetzt. Dieser Austausch wird auch künftig stattfinden. Im Sommer hat die EVP eine Retraite des europäischen Netzwerks christlicher Parteien ECPM auf der Meielisalp mitorganisiert und dabei einen Tag zum Thema gestaltet. Referentin war unter anderem Irene Hirzel von der christli-

chen Ostmission. Sie nahm zudem – wie auch Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) – an einem Informationsabend der EVP vom 5. Oktober in Bulle teil. Unser Bild zeigt den Einladungsflyer zu dieser Veranstaltung der Parti Evangélique (PEV). Streiff und Hirzel werden beide auch an der StopArmut-Konferenz vom 2. November in Bern zu hören sein. Während der Herbstsession erhielt Marianne Streiff schliesslich Besuch vom General Rapporteur des europäischen Parlamentes zum Thema «Gewalt

gegen Frauen», dem Abgeordneten José Mendes Bota. Er hatte von der Annahme von Streiffs Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung» gehört, welches die Möglichkeit eines Prostitutionsverbotes prüfen lassen will. Es fand ein fruchtbarer Gedankenaustausch statt. In den nächsten Monaten geht es nun darum, herauszufinden, wie die Schweiz den Menschenhandel wirksam bekämpfen kann und welche weiteren, politischen Schritte es dazu zu ergreifen gilt.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

3. ausserordentliche DV der EVP Schweiz vom Samstag, 30. November, 10.00 bis 12.30 Uhr im Kirchgemeindehaus Liebestrasse in Winterthur.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmenzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen für den 9. Februar 2014
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident Der Generalsekretär
Heiner Studer Joel Blunier

☐ Ich melde mich für die DV vom 30. November an.
(Webanmeldung möglich unter www.evpppev.ch > Termine)
Mittagessen: ☐ mit ☐ ohne ☐ vergünstigt (für *jevp-Mitglieder)

Name, Vorname:

Strasse, Nummer:

PLZ und Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden bis am 25. November 2013 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7



Pop für die Seele

Mit «Kammerpop für die Seele» werden Natasha und Andreas Hausammann den diesjährigen Club1000-Anlass vom 29. November in Winterthur musikalisch umrahmen. Eingeladen ist, wer der EVP Schweiz und/oder der Kantonalpartei im Lauf des Jahres gesamthaft mindestens CHF 1000 hat zukommen lassen. Wir danken bereits jetzt für jede Unterstützung.